

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1946

29 (14.11.1946)

Badische Volksstimme

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 1, Nr. 29

Mannheim, den 14. November 1946

Preis 10 Pfg.

Bezahlt erneut das Volk die Zeche?

In den verfloßenen 18 Monaten nach dem Zusammenbruch der nazistischen Gewaltherrschaft, in der Zeit des Übergangs zu einem neuen demokratischen Staatswesen, war und ist das Ziel der Arbeiterklasse eine deutsche demokratische Republik mit zentraler Staatsgewalt und dezentralisierter Verwaltung.

Die gesellschaftlichen Kräfte, die um Form und Inhalt der demokratischen Republik gegenwärtig ringen, haben ihre Ausgangsstellungen bezogen, versuchen ihre Positionen zu verbessern, um ihr Gewicht voll in den Kampf um die politische und wirtschaftliche Macht werfen zu können.

Auf der einen Seite steht, leider noch gespalten, die Arbeiterklasse mit ihren Verbündeten, von denen sich noch viele über den Weg nicht klar sind. Auf der anderen Seite stehen die Kräfte des in Deutschland stark angeschlagenen Kapitalismus, die offene Reaktion, ihre Hintermänner und ihre Helfer. Sie sind geschickt getarnt in den Parteien des Bürgertums oder in den Reihen der „Parteilosen“ versteckt. Das Ringen ist in vollem Gange, aber noch nicht entschieden. Noch gibt es keine deutsche Zentralregierung. Die oberste Gewalt liegt beim Kontrollrat der Alliierten.

Die Reaktion, die ihre Positionen in Staat und Wirtschaft im Westen gefestigt hat, schöpft neuen Mut im Kampfe um die Verteilung der Lasten des von Hitler und seiner Bande in ihrem Auftrage begonnenen und verlorenen zweiten Weltkrieges.

In den kommenden Monaten und Jahren wird der Kampf um die große Frage auf das Schärfste entbrennen: „Wer bezahlt die Kosten und Lasten des verbrecherischen Hitlerkrieges“?

Entweder die Arbeiterklasse und das werktätige Volk, oder die Kriegsverbrecher und Kriegsgewinnler, die Großgrundbesitzer, die Herren der Industrie und der Banken. Es gibt Leute in hohen Regierungsstellen, die immer wieder betonen: „Wir alle sind bettelarm geworden. Wir müssen zu einem gerechten Lastenausgleich kommen.“ Ihrem Argument gegenüber steht die klare Erkenntnis der Führung der SPD und KPD,

„daß die gleichen Kräfte, die Deutschland in den heutigen Zustand geführt haben in Politik, Wirtschaft und Verwaltung, wieder herrschen.“

Diese gemeinsame Erkenntnis müßte bei beiderseitigem guten Willen auch zum gemeinsamen Zusammenwirken führen. Der große Versuch bei der kommenden Lastenverteilung alles auf die Schultern des arbeitenden Volkes abzuwälzen, muß zum Scheitern gebracht werden.

Im Wahlkampfe um die Zusammensetzung des neuen Landtages, der wichtige Gesetze zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen Neuordnung des Landes Württemberg-Baden zu beschließen hat, muß diese Bereitschaft zur gemeinsamen

Arbeit von beiden Seiten erklärt werden. Dadurch bekommt die Abstimmung über die Verfassung und die Wahl zum Landtag ihren eigentlichen kämpferischen Sinn.

Es gilt dem werktätigen Volke gemeinsam klarzumachen, daß es einzig und dadurch stark sein muß, wenn es nicht wieder allein die Zeche bezahlen soll.

Mit steigender Verbitterung und wachsendem Zorn sieht die arbeitende Bevölkerung den Schwund ihres Arbeitseinkommens durch

steigende Preise und gleichbleibende Löhne,

durch hohe steuerliche Belastung und Fahrpreiserhöhung. Ihre nackte Existenz ist bedroht, während die anderen „Armen“ ohne Arbeit immer noch gut (zu Preisen des Schwarzmarktes) leben und weiter Kompensationsgeschäfte machen.

Seit einem Jahre reden verantwortliche und unverantwortliche Männer (Minister und sogenannte „Fachleute“) von der Währungs- und Finanzreform, ohne sie mit allen Kräften zu fördern und durchzuführen. Die allgemeinen Folgen dieser Redereien ohne Taten sind bekannt. Flucht in die Sachwerte, Zurückhaltung von Waren aller Art, Schaffung von versteckten Ausweichlagern und damit keine gerechte Verteilung der Produkte aus Landwirtschaft und Industrie. Eine allgemeine Lähmung des Willens zum Neuaufbau und das allmähliche Erliegen der Produktion sind die logischen Folgen.

Die Erklärung der drei Ministerpräsidenten der amerikanischen Zone zur Währungsfrage, nach der diese bis zum Zusammenschluß der vier Zonen und der endgültigen Regelung der Reparationsfrage hinausgeschoben werden soll, verschlimmert nur die augenblickliche Lage und beschleunigt den endgültigen Zusammenbruch des Währungs- und Finanzgebahrens.

Mit den alten Methoden des Zögerns und Hinausschiebens in der Hoffnung, daß die alten „Wirtschaftsführer“ bis dahin alle ihre Positionen ausgebaut haben, ist das Volk — und besonders die Arbeiterklasse — nicht einverstanden.

Es kommt nicht darauf an, die Lage darzulegen, sondern sie durch entschlossene Maßnahmen zu verändern.

Das trifft auch für das wichtige Gebiet der Sozialversicherung, der Sicherung der Rentenzahlung und der Versorgung der Opfer des Krieges zu. Der seit Monaten zähe und mit allen Mitteln geführte Kampf gegen die Neuordnung der Sozialversicherung, der von allen Interessentengruppen mit Erfolg geleitet wurde, hat einen gewissen Abschluß gefunden. Die geplante Neuordnung der Sozialversicherung ist aus deutschen Händen in die Hände des alliierten Kontrollrats übergegangen. Dieser wird ein Rahmengesetz mit wesentlichen Abweichungen eventuell Verschlechterungen gegenüber dem deutschen Entwurf erlassen, weil es den deutschen Stel-

len nicht gelang, ihre eigenen sozialen Angelegenheiten selbst zu regeln. Mit der Regelung durch den Kontrollrat wird die offene Kritik der Interessentengruppen verschwinden.

Befehl ist Befehl, sie sind ja gewohnt zu gehorchen!

Das liegt ihnen besser als eine neue demokratische Regelung der Sozialversicherung aus eigener Verantwortung heraus.

Im Zusammenhang damit steht die Einbeziehung der Versorgung der Opfer des Krieges durch die Landesversicherungsanstalten. Die Versorgung erfordert bei dem heutigen Stand der Versorgungsanträge, mit Prothesen und Heilverfahren für Württemberg-Baden schätzungsweise die Summe von einer Viertelmilliarde Mark. Wer soll sie aufbringen? Der Staat? Ja, aber der Staat sind wir,

die Steuerzahler, die Massen des Volkes,

auf dessen breitem, wenn auch gekrümmten Rücken die Lasten des Krieges voll abgewälzt werden sollen.

Im kommenden Landtag wird die Gesetzgebung über die direkte oder indirekte Verteilung der Lasten die größte Rolle spielen. Kämpfe außerhalb des Parlaments werden nicht ausbleiben. Bei diesen Kämpfen sowie bei der Wahl hat das werktätige Volk seine Entscheidung zu treffen. Niemand kann ihm seine eigene Verantwortung abnehmen. **Es muß sich entscheiden.**

Entweder stärkt sich die Reaktion zum Schaden des Volkes oder wir verstärken den Einfluß und die Schlagkraft der Arbeiterklasse in- und außerhalb des Parlaments und ihrer konsequenten Vertreterin, der Kommunistischen Partei.

Diese vertritt nicht nur die Interessen der Arbeiterklasse, sondern auch die des gesamten werktätigen Volkes. Sie erstrebt die Heranziehung aller wirklich demokratischen Kräfte und verlangt die Überwachung und Kontrolle des demokratischen Aufbaus durch das Volk.

Die Kommunistische Partei erklärt sich zur Mitarbeit mit allen fortschrittlichen Kräften bereit zur Sicherung von Frieden, Freiheit und Fortschritt. Sie schafft durch die Errichtung einer wirklichen Republik des Volkes die Voraussetzungen zur Verwirklichung des Sozialismus, zu einer besseren, glücklicheren Zukunft des Volkes.

Auf Deine Bereitschaft, schaffendes Volk, kommt es an!

Entscheide Dich für den richtigen Weg.

Wähle und handle richtig mit der Kommunistischen Partei in der Bekämpfung der Reaktion!

Dein Los, Deine Gegenwart und Zukunft, stehen auf dem Spiel!

Beherrze die Mahnung: „Vereinzelt sind wir Nichts, vereinigt Alles!“

Robert Klausmann,

Landesdirektor für Arbeit und Soziales, Landtagskandidat der KPD.

durien, um die durch den ... ausfall gerissenen Lücken zu füllen. Bleibt die Kürzung bestehen, dann wird ein weiterer Rückgang in der Leistung unvermeidlich sein. Kein Mensch kann bei Hungerrationen eine halbwegs normale Arbeitsleistung vollbringen.

Kraft für die Ertüchtung dieser großen Aufgaben geschaffen werden. Darum mein Ruf für das Jahr 1947 an alle Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei:

Vereiniget Euch! Durch Einheit zum Sozialismus. Wilhelm Pieck.

knecht eine leidenschaftliche Rede über den Kampf gegen den Militarismus, in der er der Gedanken verfocht, den Klassenkampf in der Heer zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel „Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg

Badische Landesbibliothek

Badische Landesbibliothek

Die Kommunistische Partei an die Jugend

„Die Kommunistische Partei ist die Partei der Neuerer, sie ist die Partei der Zukunft, die Zukunft aber gehört der Jugend!“ So sagte der Begründer der kommunistischen Bewegung, Friedrich Engels, schon im vorigen Jahrhundert.

Mit ihrer wissenschaftlich begründeten Lehre von der Schaffung des Sozialismus in allen Ländern wiesen die Kommunisten allen Völkern und vor allem der Jugend einen hoffnungsvollen Weg in die Zukunft. Diese großen Pläne zu verwirklichen, dazu brauchen wir die Masse des Volkes und besonders die Jugend, die der Träger unseres Staates von morgen sein soll.

Noch fehlt aber das Vertrauen gerade der jungen Menschen zur Kommunistischen Partei. Und warum? Weil 12 Jahre nationalsozialistische „Erziehung“ und Goebbels'sche Propaganda die Jugendhirne verseucht haben. Immer nur hörte man in diesen Jahren, die Kommunisten seien Untermenschen, jüdische Verbrecher, ja, sie wurden verfolgt, gehetzt, eingesperrt und zu Tode gequält.

Viele unserer deutschen Mädel und Jungen haben diese nazistischen Terrormethoden gutgeheißen, weil sie einfach blind glaubten, daß jeder Kommunist ein schlechter Mensch sei. Nun traten zum ersten Male seit 13 Jahren die so verschrienen Kommunisten an euch Junge heran, sagten euch, was sie wollten und daß sie euch trotz allem niemals verurteilen. Deshalb lehnten die Kommunisten

auch die Generalamnestie für die deutsche Jugend, wie sie von gewissen bürgerlichen Kreisen und den Militär-Regierungen gefordert wurde, ab. „Wer keine Schuld auf sich geladen hat, der bedarf keines Gnadenbeweises.“ (Aus den Beschlüssen der Kommunistischen Partei.) Auch in der heutigen Jugend steckt ein guter und gesunder Kern. Deshalb wollen wir ein festes Vertrauen zu euch haben, daß ihr den Mut und die Kraft findet, einen Schlußstrich unter das Vergangene zu ziehen und mit uns neu zu schaffen. Aus Trümmern und Ruinen wollen wir unsere deutsche Heimat — und daß wir sie lieben, das haben die Kommunisten in den Jahren der Emigration und des Kerkers bewiesen — neu erstehen lassen. Nicht sinnloses Zerstören im Kriege ist Heldentum, sondern das ist Heldentum, wenn ihr, Jungens und Mädels, mit hungrigem Magen die Trümmer beseitigt und nicht verzweifelt. Nur wenn wir alle zusammen, können wir uns die Grundlage für eine neue Wirtschaft und eine bessere Versorgung schaffen.

Wir Kommunisten sehen der Zukunft ruhig und zuversichtlich entgegen. Unsere Politik ist aufgebaut auf den Interessen der werktätigen Bevölkerung. Die Zukunft wird uns recht geben. Die Zukunft gehört der Jugend und uns.

Wenn ihr euch eine bessere Zukunft bauen wollt, dann nehmt das Werk in eure jungen Hände. Es geht um euch, es geht um Deutschland!

Am 24. November wählt die Partei der Jugend! Wählt Kommunisten, Liste 4!

Wer ist schuld, daß wir hungern und frieren?

Als ihr System versagte, ließen die deutschen Monopolkapitalisten durch den Mund Goebbels' verkünden: „Die Juden sind an allem schuld!“

Heute hungern und frieren wir wieder! Der vom Nazismus übernommene, vom Großkapitalismus und Großgrundbesitz gestützte reaktionäre Beamtenapparat hat restlos versagt. Er kann nur einigen Wenigen, nicht aber dem Volke die Nahrung und das Brennmaterial sichern. Die Juden kann man heute nicht mehr verantwortlich machen. Nach altem Rezept versuchen die wahren Schuldigen die Arbeiter mit der kapitalistischen Schuld zu belasten.

Die reaktionären Volksfeinde sagen: Wenn das deutsche Volk hungert, so verdankt es dies in erster Linie dem amerikanischen Seeleustreik!

Die reaktionären Volksfeinde sagen: Wenn das deutsche Volk friert, trägt der Ruhrkumpel die Schuld, weil er sich weigert, Sonntagsschichten zu fahren.

Die reaktionären Volksfeinde wollen dem gerechten Selbsterhaltungskampf der Werktätigen die Verantwortung für die Folgen des imperialistischen Raubkrieges, ihres eigenen Versagens und ihrer Sabotage zuschieben.

Warum hungern wir?

Schuld am Hunger ist der reaktionäre Beamtenapparat, der dem Volke die Ernährung nicht sichern will und kann.

Schuld sind nicht die amerikanischen Seeleute, welche streiken, weil ihre berechtigten Forderungen nach gerechter Entlohnung bisher nicht erfüllt wurden, sondern diejenigen, welche sich weigern, diese Forderungen zu erfüllen.

Warum frieren wir?

Schuld daran, daß wir frieren, ist derselbe, vom Nazismus übernommene, volksfeindliche Beamtenapparat, der nicht in der Lage ist, zu verhindern, daß ein Großteil der Kohle auf dem schwarzen Markt verschoben wird, aber auch nicht gewillt und in der Lage ist, uns Kohlen für den Winter zur Verfügung zu stellen.

Schuld sind mitnichten die Bergarbeiter, welche sich weigern, Sonntagsschichten zu fahren, so lange nicht ihre berechtigten Forderungen auf ausreichende Ernährung, auf ausreichenden Lohn und auf Kontrolle über

die Verteilung zusätzlich geförderter Kohle erfüllt werden!

Schuld sind vielmehr jene, die sich weigern, diese berechtigten Forderungen zu erfüllen. Schuld sind die Stellen, die dem Kumpel nicht die Ernährung sichern, die er braucht, um überhaupt leistungsfähig zu sein.

Das Elend und der Hunger sind Waffen der Volksfeinde! Die Werktätigen erkennen den gemeinsamen Feind und schlagen seine Angriffe gemeinsam zurück!

Sie wählen am 24. November 1946

Kommunisten, Liste 4!

Mit der Abgabe des Stimmzettels

ist noch nichts, oder sehr wenig getan! Viel wesentlicher und entscheidender ist, daß die Bedingungen dafür geschaffen werden, daß die Verfassung mehr als ein Stück Papier wert ist. Der tote Buchstabe des Verfassungstextes muß lebendige, fortschrittliche Wirklichkeit werden. Deshalb ist es wichtig, daß möglichst viele Menschen, die den wahren Interessen des Volkes dienen, in den künftigen Landtag kommen, welcher die Verfassung in die Tat umzusetzen hat. Die KPD ist die Partei des schaffenden Volkes!

Wir wählen am 24. November 1946

Kommunisten, Liste 4!

Was wollen die Kommunisten für die Frauen?

Gleicher Lohn
für gleiche Arbeit!
Volle Gleichberechtigung
auf allen Gebieten!

Im Interesse des Volkes

haben die kommunistischen Stadträte in Mannheim folgende Anträge gestellt:

- A/25 Sofortige Untersuchung der Angelegenheit des Städt. Krankenhauses, unter Hinzuziehung der Unterlagen des ADGB.
- A/26 Untersuchung zweier Fälle von Prügelstrafen in Mannheim. Verbot der Prügelstrafe in den Volks- und Berufsschulen.
- A/27 Kostenlose Durchführung der Kinderspeisung in den Schulen.
- A/28 Sofortige Entlassung des bisherigen Kommandeurs der Mannheimer Schutzpolizei, Polizeirat Viebig.
- A/29 Mitwirkung des Betriebsrats bei Wiedereinstellung entnazifizierter städtischer Beamter.
- A/30 Nachweis des abgeleisteten Ehrendienstes der Stadt Mannheim, als Voraussetzung der Wiedereinstellung entnazifizierter Beamter.
- A/31 Keine Markenabgabe für die Schulspeisung.
- A/32 Kein Schnellverfahren bei der ärztlichen Auswahl der Kinder zur Quäkerspeisung, sondern gewissenhafte ärztliche Untersuchung.
- A/33 Sofortige Anbringung eines amtlichen Plakates an allen genehmigten Baustellen, sodaß ungesetzliche Bauten als solche erkennbar sind und eingestellt werden können.
- A/34 Sofortige Bereitstellung von RM 15 000, um 60 ha Land beim Kirschgartshäuser Hof, das durch bürokratische Engstirnigkeit und Unfähigkeit zu versumpfen droht, für die Ernährung der Mannheimer Bevölkerung zu retten.

Die Kandidaten der KPD Kandidaten des Volkes!

Landesliste der KPD
zur Wahl am 24. November 1946

Albert Buchmann (28. 10. 94), Stuttgart
Rudolf Kohl (10. 1. 95), Mannheim
Dr. Rud. Agricola (29. 11. 00), Heidelberg
Hermann Nuding (3. 7. 02), Stuttgart
Robert Leibbrand (1. 5. 01), Stuttgart
Julius Schätzle (19. 11. 05), Stuttgart
Willi Boepple (9. 7. 11), Mannheim
Erika Buchmann (19. 11. 02), Stuttgart
Paul Schreck (24. 12. 92), Mannheim
Hans Ruess (31. 1. 03), Eßlingen
Antonie Langendorf (3. 1. 94), Mannheim
Eugen Eberle (1. 9. 08), Stuttgart
Eduard Bischoff (6. 1. 01), Schwetzingen
Heinrich Kling (11. 2. 07), Weinheim
Rudolf Seyfried (29. 6. 97), Scheringen

Wählt Kommunisten, Liste 4!

Die Gefahr der Reaktion ein Gespenst?

Ein Gespenst, das die Kommunisten an die Wand malen? Nein! Worauf wir Kommunisten seit langem hinweisen, das stellt jetzt die SPD in ihrer Kölner Entschloßung zur Lage in den westlichen Zonen fest:

„In der Politik, Wirtschaft und Verwaltung herrschen wieder die gleichen Kräfte, die in Deutschland die heutigen Zustände herbeigeführt haben.“

Unsere Verfassung soll nicht wieder zu einem gefährlichen Instrument reaktionärer, volksfeindlicher Kräfte werden. Das arbeitende Volk wird darüber wachen, daß Demokratie und Verfassung nicht wiederum, wie nach dem ersten Weltkrieg, für militaristische, reaktionäre und faschistische Ziele mißbraucht werden. Wir wollen nicht die Vergangenheit wiederholen, sondern die Zukunft aufbauen.

Deshalb wählen wir am 24. November
KOMMUNISTEN, Liste 4!

Wer sabotiert die Ernährung?

Eine Untersuchung ergab, daß die Ablieferung aller Produkte des Dorfes Dörlitzbach bei Wertheim fast 100 Prozent höher ist, als die des „Hofgutes“ Ernsthof des Nazifürsten Löwenstein. Dabei ist die landwirtschaftliche Nutzfläche des Dorfes und des Hofgutes fast gleich, die Zahl derer, die versorgt werden müssen, beträgt jedoch in Dörlitzbach 300 und auf dem „Ernsthof“ nur 47 Personen.

Bedarf es noch eines treffenderen Beweises, daß die landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetriebe zur Zeit mehr zu unserer Versorgung beitragen, also erträglicher sind, als die Großbetriebe?

Ist hieraus nicht klar ersichtlich, wer die Ernährung der Bevölkerung sabotiert?

Das kleine Häuflein der Großgrundbesitzer führt einen Klassenkampf gegen das ganze arbeitende Volk!

Die Ernährungslage kann nur grundlegend gebessert werden durch die Aufteilung des adeligen Großgrundbesitzes durch eine demokratische Bodenreform.

Wir wollen, daß dies bis zur nächsten Ernte anders wird,

deshalb wählen wir am 24. November Kommunisten, Liste 4!

Das französische Volk hat die Reaktion geschlagen

Das französische Volk hat am 10. November sein erstes Nachkriegsparlament gewählt. Die Kommunistische Partei ist die stärkste Partei geworden und hat damit die unbestrittene Führung unter sämtlichen politischen Parteien Frankreichs.

Das neue Parlament wird 619 Abgeordnete zählen. Die Ergebnisse für 603 Sitze liegen bereits vor. 16 Sitze, zumeist aus überseeischen Gebieten, stehen noch aus, und es ist anzunehmen, daß ein großer Teil derselben ebenfalls den Kommunisten zufällt.

Nach den letzten Berichten ist die neue Sitzverteilung im Vergleich mit der Wahl vom Juni 1946 wie folgt:

	Nov. (Juni)
Kommunisten	186 (143)
Sozialisten	104 (120)
M. R. P.	163 (160)
Sozial-Radikale (Herriot)	63 (31)
Gemäß. Konserv. Unabh. u. a.	87 (—)

Die Kommunisten haben gegenüber den letzten Parlamentswahlen vom 2. Juni hunderttausende Wählerstimmen gewonnen und über 30 Prozent aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt.

Mit Ausnahme einiger Rechtsgruppen haben die anderen Parteien beträchtliche Stimmenverluste erlitten. Die Sozialisten haben nicht weniger als eine dreiviertel Million Stimmen eingebüßt, und auch die Zahl der M.R.P.-Wähler ist um mehr als eine halbe Million zurückgegangen. Trotz ihres bedeutenden Stimmenverlustes bringt es das Wahlsystem, das Proportionalssystem, das die Abgeordnetensitze innerhalb der einzelnen Departements teilt, und keine Reststimmen auf territorialer Basis berücksichtigt, mit sich, daß die M.R.P. mit mehr Sitzen in die Nationalversammlung einzieht als vorher. Auch die Radikalsozialisten profitieren von dem Wahlsystem, indem ihnen trotz ihrer Stimmenverluste ebenfalls mehr Abgeordnete zufallen.

Eine kommunistische Zeitung schreibt zu der großen Niederlage der Sozialisten:

„Wenn die Sozialistische Partei, deren Niederlage bedeutend ist, in unseren Vorschlag eingewilligt hätte, ihre Kräfte mit denen der Kommunisten zu vereinen, dann hätte sie eine solche Katastrophe vermieden und dann würden heute die beiden Parteien zusammen sowohl an Stimmenzahl wie an Abgeordnetensitzen die absolute Mehrheit haben.“

Die Kommunistische Partei erblickt in ihrem Siege den Sieg der Einheit des Volkes in seinem Streben nach dem Wiederaufbau Frankreichs. Sie erklärt in der „Humanité“: „Das Vertrauen, das uns die arbeitenden Massen entgegengebracht haben, wird nicht enttäuscht werden. Die Kommunistische Partei ist bereit, alle Verantwortung zu übernehmen, die ihr das Land durch die Wahl übertragen hat. Sie ist bereit, die Führung zu übernehmen in dem Werk der Festigung der Demokratie und des Wiederaufbaues.“

Nazi-Residenz Waldhof-Konzern

Immer mehr häufen sich die Beschwerden über die katastrophale Wohnungsnot, die besonders hier in Mannheim Formen angenommen hat, wie sie wohl in keiner anderen Stadt zu finden sind.

Seit längeren Monaten werden von Seiten des Wohnungsamtes Erhebungen angestellt, um nur jeden möglichen Wohnraum zu erfassen. Selbst die Militärregierung hat die Stadt Mannheim zum Brennpunkt des Wohnungsbedarfs erklärt. Da sollte man es doch nicht für möglich halten, daß heute noch Wohnungen von belasteten Pfg's belegt sind, während andererseits die Aermsten der Armen in Kellern und Bunkern unter menschenunwürdigen Bedingungen hausen.

Bei der Zellstoff-Fabrik Waldhof sind heute noch 15 geräumige Wohnungen mit Nazis besetzt, die teils sofort beim Umbruch, teils auf Grund des Gesetzes-Nr. 8 aus ihren Stellungen entfernt wurden, und zwar dreht es sich um folgende Personen:

1. Dr. Radestock, ehemals Direktor, seit 1932 Pfg.
2. Michael, Karl, ehemals Direktor, seit 1933 Pfg.
3. Dr. Reglin, Werner, Chemiker, seit 1937 Pfg. und seit 1934 Truppführer NSKK sowie Mitglied im NSDT.
4. Ulrich, Betriebsleiter, ebenfalls alter Pfg.
5. Kraft, Friedrich, Ingenieur, seit 1933 Pfg.
6. Mehkorn, Richard, Ingenieur, seit 1937 Pfg. und Zellenleiter sowie Leiter der NS-Jugendwerkstätte.
7. Reiner, Willi, Ingenieur, seit 1937 Pfg. und seit 1935 Scharführer SA, bewohnt allein mit seiner Schwiegermutter 3 Zimmer und Küche.
8. Kern, Jakob, Expedient, seit 1937 Pfg. und DAF-Amtswalter.
9. Wilkowski, Inspektor, ebenfalls alter Pfg. und außerdem Ehrenrichter NSDAP.
10. Scheurich, W., Betriebsassistent, ebenfalls alter Pfg.
11. Erising, vor 1933 Pfg., Berufssoldat und im Werk durch seine üble Rolle als Streifenkommandant bekannt, verschwieg seine Mitgliedschaft im Fragebogen.
12. Busch, Eugen, Obermeister, seit 1938 Pfg. und Sparkommissar sowie NS-Feuerwehrkommandant.
13. Ammann, Adolf, seit 1935 Pfg. sowie SA-Scharführer.
14. Weidenauer, Philipp, Meister, seit 1938 Pfg. und NS-Betriebsratsmitglied.
15. Fleisch, Emil, Maschinenmeister, seit 1937 Pfg. und Blockwarter.

Der Betriebsrat der Zellstoff-Fabrik Waldhof hat sich schon die erdenklichste Mühe gegeben, um diese Wohnungen, die unter den Begriff „Werkswohnung“ laufen, für die unter kläglichen Verhältnissen hausenden Arbeiter freizubekommen. Das Wohnungsamt selbst betont, keine gesetzliche Handhabe zu besitzen, um in Werkswohnungsfragen eingreifen zu können, während andererseits angeblich die Betriebsleitung gerichtlich nicht unternehmen kann, da nach dem Gesetz erst ein Ersatzraum geschaffen werden muß.

Es ergibt sich also der groteske Zustand, daß diese belasteten Nazisgrößen bequem Wohnungen innehaben, die ihnen weder ein Wohnungsamt, noch die eigene Firma, außer sie mit Glanz herausflogen, entziehen kann. Dies schlägt jeder Rechtsauffassung ins Gesicht! Unser unglückliches Volk, ein Volk von Hungernden und Frierenden, haust in qualender Enge in Sälen, Scheunen, Kellern und Bunkern, während auf der anderen Seite die Nutznießer und Parasiten des Dritten Reiches, die die Hauptschuld an diesen jammervollen Zuständen tragen, noch heute privatisierend in kompletten Wohnungen ein Dasein führen, das von der Not der Zeit himmelweit entfernt ist, fußend auf einem Recht, das sie seinerzeit selbst schufen und das heute noch von einem demokratischen Staat als Recht geduldet wird.

Die geschilderten Zustände zeigen deutlich, daß es endgültig Schluß sein muß mit allen Reservatrechten der Großfirmen und Konzerne. Unsere unhaltbare Wohnungslage erfordert dringend, daß auch die Werkswohnungen in die allgemeine Wohnungswirtschaft einbezogen werden und erfaßt werden müssen.

Wir Kommunisten fordern, daß jeder ein Dach über dem Kopfe haben soll. Wer für gerechte Verteilung des Wohnungsraumes und für eine menschenwürdige Unterbringung der Bevölkerung ist, für den kann es keinen Zweifel geben, welcher Partei er sein Stimme am 24. 11. 1946 gibt:

Den Kommunisten, Liste 4!

Hausagitation, die Pflicht jedes Mitglieds der KPD

Der Herr Oberst

Ein jeder Mensch soll leben. Sogar die Herren Stabsoffiziere. Wenngleich sie sich selbst in den Zeiten ihres Glanzes mit einer geradezu ehrfurchtgebietenden Nonchalance über das Leben ihrer Mitmenschen hinweggesetzt haben.

Immerhin stört es uns aber doch zu erfahren, daß so mancher brave Landser weiterhin in der Gefangenschaft bleiben muß, dieweilen die Herren Obersten und Majore es irgendwie verstehen, frühzeitig entlassen zu werden. Aber auch mit dieser etwas befremdlichen Entwicklung könnte man sich abfinden, wenn diese Herren nach ihrer Heimkehr wenigstens daran dächten, mit der Schippe in der Hand tätige Reue zu bezeigen. Wenn sie solcherart mit der Arbeit ihrer höchsteigigen Hände das wieder mitaufbauten, was sie selbst in der eigenen Heimat noch in der Stunde des Zusammenbruchs zerstört ließen.

Jedoch lehnen diese zum „Befehlen geborenen“ Herrschaften eine derartige Wiederaufbaubeteiligung als unbillige Zumutung mit Enttäuschung ab. Und wie man so mit der Zeit erfährt, nicht ganz zu Unrecht, denn ihrer harren ganz andere Chancen. Ausgestattet mit den allerbesten Empfehlungen antichambrieren sie solange bei den hohen Ämtern und den Ministerien, bis für jeden von ihnen das Pöstchen gefunden ist, auf das kraft ihrer sattsam erwiesenen Begabung zur „Menschenführung“ sie einen Anspruch zu haben vermeinen.

Allmählich scheint es sich im Kreise der abgetakelten Stabsoffiziere herumgesprochen zu haben, daß sich ihnen geradezu unbegrenzte Möglichkeiten in der badischen CDU-Reservation, dem Landkreis Karlsruhe bieten. Erst vor kurzem sahen wir uns genötigt, den von der CDU-Mehrheit des Kreisrats jenes Bezirkes zum Landrat gekürten Oberstleutnant a. D. Vorbach am Kanthaken zu fassen, ihn der aufhorchenden Öffentlichkeit im rechten Lichte zu präsentieren und damit knapp vor dem Ziele noch quasi 5 Minuten nach 12 Uhr, zu Fall zu bringen.

Durch einen solchen kleinen Betriebsunfall läßt sich jedoch die CDU keineswegs erschüttern. Sie will und sie muß im Landratsamt Karlsruhe ihren Stabsoffizier haben, koste es, was es wolle! Denn wie früher Thron und

Altar, Schwert und Bibel, so gehören heute Heeresrangliste und CDU-Programm zusammen. Und siehe da: das Verlangen der Streite Christi fand Gehör vor dem Herrn! Kein Wunder auch, denn nach ihren eigenen Auslassungen haben sie ja den lieben Gott allein gepachtet. Darum sandte er ihnen den ersuchten Mann in der Person des frisch aus der Gefangenschaft entlassenen Herrn Oberst a. D. und Großmühlenbesitzer Schüder aus Mecklenburg. Ein solche angemessene Position war auch schnellstens gefunden, da der Amtssessel des Chefs des Kreisernährungs- und Wirtschaftsamtes gerade verwaist war. Der Herr Oberst griff mit beiden Händen zu und freute sich seiner guten Nase, die ihm geraten hatte, sich nach dem Süden unseres Landes zu verkrümmeln. Zumal in seiner mecklenburgischen Heimat — einst das engere Vaterland der stursten Kommisköpfe — heute für Leute seines Schlages nichts mehr, aber auch gar nichts mehr zu bestellen ist.

Nun, es sei ferne von uns, dem Herrn Obersten die Biele im CDU-Paradies zu mißgönnen. Wir können es ihm sogar nachfühlen, daß es ihm mit Rücksicht auf das dort veränderte politische Klima nicht allzuheftig an den Ort seiner früheren Taten oder Untaten zieht. Aber in der Führungsstelle eines Leiters des Ernährungs- und Wirtschaftsamtes erscheint uns der Herr Oberst doch etwas deplaciert. Ungeachtet möglicher hervorragender militärischer Verdienste

Hört die Kommunistische Partei Deutschlands über Radio Stuttgart

- 16. November 1946: Willi Boepple von 20.15—20.30 Uhr;
- 18. November 1946: Hermann Nuding von 20.45—21 Uhr;
- 20. November 1946: Paul Schreck von 20.30—20.45 Uhr.

gürten, um die durch den Krieg entstandenen Lücken zu füllen. Bleibt die Kürzung bestehen, dann wird ein weiterer Rückgang in der Leistung unvermeidlich sein. Kein Mensch kann bei Hungerrationen eine halbwegs normale Arbeitsleistung vollbringen.

Kraft für die Erfüllung dieser großen Aufgaben geschaffen werden. Darum mein Ruf für das Jahr 1947 an alle Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei:

Vereinigt Euch! Durch Einheit zum Sozialismus. Wilhelm Pieck.

knecht eine leidenschaftliche Rede über den Kampf gegen den Militarismus, in der er den Gedanken verfocht, den Klassenkampf in die Heer zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel „Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg





Mannheim

Zweierlei Jubiläen

Jede einigermaßen sozial eingestellte Firma wird bei einem Arbeitsjubiläum, ganz gleich, ob es sich um einen Arbeiter oder Angestellten handelt, durch Freistellung von der Arbeit am Jubiläumstag und durch kleine Aufmerksamkeiten den Jubilar, der ja immerhin 25, 40 oder gar 50 Jahre seine Kraft dem Werke zur Verfügung gestellt hat, zu ehren suchen.

Wie eine solche Ehrung z. B. bei der Firma Bopp & Reuther in der Praxis aussieht, mag folgender Vorgang zeigen:

Am 21. Okt. 1946 Jubiläum eines Arbeiters.

Der Mann erscheint bei Schichtbeginn, Arbeitskameraden machen ihn auf seinen Jubiläumstag aufmerksam, worauf er treu und brav erwidert: „Mir hat niemand etwas gesagt.“ Der Tag vergeht, nachdem man dem Arbeiter erklärt hatte, er möge bis morgen warten.

Am 22. Oktober 1946 Jubiläum eines höheren Angestellten.

6.15 Uhr liebliche Blasmusik. 10.00 Uhr feierlicher Empfang durch die drei Mann starke Geschäftsleitung und Geleit an den vom Boden bis zur Decke mit Blumen geschmückten Arbeitsplatz. Dahinter der Gabentisch mit folgenden in der Blickkette erfassten Sachen: 2 Kochtöpfe, 1 Elektroherd, 1 elektrische Kochplatte, 1 elektrischer Tauchsieder, 1 elektrisches Waffeleisen, 3 Uhren, 3 Stehlampen, 2 Polstersessel, 1 Teppich, 30 Flaschen Wein und Most, 2 Pfund Butter, verschiedene Bilder und Glasschalen und sonstiges. Dazu drei Mann Streichmusik und schwingvolle Rede eines Prokuristen, des Karl Reuther, des Betriebsratsvorsitzenden und des Vertreters vom Außendienst.

So weit der höhere Angestellte. Und der Arbeiter? Auf einem schnell improvisierten Tisch einige Blumensträuße, die für das Werk üblichen 2 Töpfe, 2 Packen Zigarillos und — Handschlag des Herrn Karl Reuther sowie des Betriebsratsvorsitzenden. Vielleicht auch einige in den Bart gemurmelte Worte. Dauer: 5 Minuten. Aus.

Die Bitte eines Betriebsratsmitgliedes bei der Geschäftsleitung um Überlassung einer einzigen Flasche Wein auch für den Arbeiter hat man bis heute vergessen.

Daß am selben Abend in der Villa Jäger das feierliche Angestellten-Jubiläum bis zum anderen Morgen seine Fortsetzung fand, sei nur der Ergänzung wegen erwähnt.

So leben sie!

Einem städtischen Beamten des Ernährungsamtes passierte das Pech, folgende Einladung verloren zu haben. Da sie zeigt, wie verschiedene Kreise heute, wo das Volk in bitterster Not lebt, über Lebensmittel in Hülle und Fülle verfügen, sei diese Einladung der Öffentlichkeit übergeben:

Einladung

Zu der Geschäftsöffnung am Samstag, den 2. November 1946, abends 19 Uhr, gestatte ich mir, Sie höflich einzuladen.
Mit herzlichen Grüßen

Carl Betzler und Frau
Konditorei und Cafe
Mannheim
Gr. Merzelstr. 4 (3 Min. v. Hbf.)

Gedeck RM 30.—
Grünkernsuppe — Brötchen

Vorspeise

Italienischer Salat — Brot — ¼ Wein
Kartoffelklöße, Ragout, Sauerkraut
½ Flasche 1944er Kallstadter Herrenmorgen Riesling
Gefrorenes mit Früchten
Kaffee mit Kuchen
Cognac

An Marken sind erforderlich: 300 g Brotmarken, 100 g Fleischmarken, 10 g Fettmarken.

Herausgegeben von der Landesbezirksleitung Baden der KPD, Mannheim, S 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim S 3, 10, Telefon Nr. 43260. Auflage 60000. Druck: Gebrüder Diesbach, Weinheim an der Bergstraße, Friedrichstraße 24. / Authorized by Military Government for Württemberg and Baden, Stuttgart, Fr. 10. 4. 46.

Endlich!

Schon seit langer Zeit bemühte sich die „Badische Volksstimme“, den unhaltbaren Zuständen in der Mannheimer Tuberkulosefürsorge ein Ende zu bereiten. Unsere dauernd aufgestellte Forderung, zuletzt in unserer Nr. 25 vom 17. 10. 1946, endlich für einen zweiten Arzt zu sorgen, hat nunmehr zu einem vollen Erfolg geführt, da der Präsident des Landesbezirks Baden, Abteilung Innere Verwaltung, in Karlsruhe, die Einstellung eines zweiten Arztes und die Einrichtung einer weiteren Röntgenanlage genehmigt hat.

Wir hoffen, daß dieser Beschluß raschmöglichst auch in die Tat umgesetzt wird und nicht wieder wie in vielen Fällen lediglich ein Papierbeschluß bleibt.

Heidelberg

Man sollte nicht glauben, daß bereits fast 1½ Jahre seit dem Zusammenbruch des 1000 jährigen Reiches vergangen sind und daß es immer noch Institutionen gibt, die sich scheinbar in einem für sie selbst verhängnisvollen Winterschlaf befinden. Zu diesen gehört auch die Victoria-Versicherung in Heidelberg, Karl Ludwigstraße 2, die heute noch unter dem 4. November 1946 Mahnungen und Schreiben an ihre Versicherten abschickt mit der Unterschrift „Heil Hitler — Victoria-Feuer-Versicherungs AG.“

Vielleicht dürfen wir die „Victoria“ auf diesem Wege von dem Zusammenbruch des 1000jährigen Reiches in Kenntnis setzen.

Karlsruhe

Am 9. November 1946, in den frühen Morgenstunden, wurde am Grenadierdenkmal ein Kranz mit weißer Schleife und einem schwarzweiß-roten Querbund, von unbekannter Hand niedergelegt. Die Polizei und der dafür verantwortliche Polizeihauptmann Heller mußten erst in den Mittagsstunden von der KPD darauf aufmerksam gemacht werden, ehe die Entfernung erfolgte. Es mutet sehr eigenartig an, wenn eine Polizei erst von dritter Seite auf die offene Wirksamkeit reaktionärer Kreise hingewiesen werden muß!

Liedolsheim

Liedolsheim hat den traurigen Ruhm, zwei der schärfsten Einpeitscher des Nazismus im Land Baden gestellt zu haben, die weithin bekannten beiden M. d. R. Albert Roth und Robert Roth. Albert Roth, ein früherer Hauptabteilungsleiter des Reichsnährstandes, bekannt als übelster antisemitischer Brandredner, befindet sich in französischem Gewahrsam. Robert Roth ist unseres Wissens noch nicht dingfest gemacht.

Die Gemeindeverwaltung hat es etwa Mitte 1945 als einen ausgleichenden Akt der Gerechtigkeit betrachtet, den beiden Genannten die Gemeindealmende von je 1,3 ha Größe zu entziehen und den zum Zuge kommenden, aus dem Feld heimkehrenden Jungbürgern die Möglichkeit früherer Zuteilungen von Almende zu gewährleisten. Sie hielt es für vertretbar, weil beide „Herren“ selbst nicht mehr von der eigenen Hände Arbeit lebten, vielmehr die Almende teilweise verpachteten, dagegen von ihren Ämtern und Pfründen ein sehr gehobenes Dasein führten.

Während dieser Entziehungsakt von der Bevölkerung als eine Selbstverständlichkeit angesehen wurde, diktierte nun das Landratsamt Karlsruhe der Gemeindeverwaltung Liedolsheim die Rückgabe der Almende an die Familien dieser ehemaligen Nazigrößen und verlangt hierüber eine befristete Vollzugsmeldung.

Wir wissen im Augenblick nicht, von welchen gesetzlichen Grundlagen das Landratsamt seine befremdende Verfügung aufbaut, wir können jedoch versichern, daß dieselbe in jeder Hinsicht allgemeines Mißfallen ausgelöst hat.

Wir fragen: Hat man vergessen, daß die beiden Herren, die in Baden eine besonders bedeutende Rolle spielten, durch die Hochzüchtung des Nazismus ihr reichlich Teil dazu beigetragen haben, daß es dazu kommen konnte, andersrassigen und politischen Gegnern nicht nur Hab und Gut sowie Haus und Hof, sondern millionenfach auch das Leben zu entziehen, hat man im besonderen vergessen, daß Robert Roth vom

Habenichts zum Pächter eines Gutshofes im Glottertal geworden ist, dessen Besitzer man wegen staatsfeindlichem Verhalten von diesem Hof verjagt hat. Wir stehen staunend vor einer neuen Frucht der Demokratie und verlangen unter Hinweis auf die abertausende Flüchtlinge, die Land für Ansiedlung brauchen, daß man die unverständliche Maßnahme schleunigst aufhebt und das Land in wirklich schaffende Hände gibt. Die Gemeindeverwaltung hat sich geschlossen gegen die Durchführung der Maßnahme ausgesprochen und bleibt abzuwarten, ob auch das Landratsamt begreift, daß es hier um mehr geht als eine formale Buchstabenauswertung.

Bruchhausen

Zahlreiche Beschwerden geben uns Veranlassung an den Bürgermeister folgende Fragen zu stellen:

1. Stimmt es, daß Sie im Dritten Reich einen Rednerkurs absolvierten und im Bund der Kinderreichen große Vorträge hielten?
2. Daß Sie selbst mit nur drei erwachsenen Personen eine 6-Zimmer-Wohnung bewohnen, während 5—6 Flüchtlingsfamilien in einem kleinen Saale zusammengepfercht sind?
3. Ist es richtig, daß Sie als früherer SPD-Mann auf Grund der pfarrherrlichen Erlaubnis, die Kirche weißeln zu dürfen, nun zur CDU übertraten?

Daß der „Herr Kaplan“ am 30. Juni in der Kirche aufgefordert hat, alles muß christlich wählen und hierauf die Reklamezeitung der CDU in der Kirche verteilen ließ, sei nur der Komik halber erwähnt.

Vielleicht lassen Sie uns, Herr Bürgermeister, baldmöglichst Aufklärung zukommen. Insbesondere interessiert uns, welche Maßnahmen Sie ergriffen haben, um den Flüchtlingen ein menschenwürdiges Unterkommen zu verschaffen.

Hemsbach

Auch hier scheinen sich die vollkommen volksfremden Methoden der Karlsruher oberen Dienststellen zum Schaden der Allgemeinheit auszuwirken.

Der Gemeinderat hatte beschlossen, ein großes Wiesengelände als Schafweide an einen Ortsansässigen zu verpachten. In vollkommener Verkenntnis der örtlichen Bedürfnisse „ordnete“ das Wirtschaftsamt Karlsruhe an, daß diese Schafweide an einen Bewerber aus Käferthal zu verpachten sei. Ferner erfolgte Gemeinderatsbeschuß, wonach die Handarbeitslehrerin nicht wieder in denselben Dienst einzustellen sei. Entgegen diesem Beschuß besetzte das Kreisschulamt diesen Posten wieder mit der vom Gemeinderat abgelehnte Lehrerin. Desgleichen sollte für den ausscheidenden 1. Ratschreiber der bisherige 2. Ratschreiber angestellt werden. Auch hier lehnt Karlsruhe dies ab mit der Begründung, daß Kriegsbeschädigte u. ä. vorzuziehen seien. Eine sehr vernünftige Anordnung, wenn sie auf allen Behörden, wie auch von der Post, durchgeführt würde. Weiter hatte eine Firma die Möglichkeit, für die Neubürger, die über keinerlei Kochstelle verfügen, Herde zu beschaffen. Ablehnung durch das Wirtschaftsamt Karlsruhe mit der Begründung, die Bezugscheine hierfür seien verfallen.

Mit Recht wird hier gegen solche unverständlichen Maßnahmen der reaktionären Bürokratie Sturm gelaufen und es wird erwartet, daß in aller Bälde ganz energisch Abhilfe erfolgt.

Zur Beachtung!

Folgende Mitgliedsbücher gingen verloren:
Mitgl.-Buch Nr. 3155 des Genossen Hugo Wischniewski, Mannheim, Lortzingstraße 22;
Mitgl.-Buch Nr. 3187 der Genossin Maria Priegelmeier, Mannheim, K 2, 4.
Diese Bücher sind ab sofort gesperrt. Gültigkeit haben nur die ausgestellten Zweitausfertigungen!

Kommunistische Partei Deutschlands
Landesleitung Baden.

Bestellungen auf die

Badische Volksstimme

nehmen alle Postanstalten, Postagenturen, Postboten und Briefträger bis zum 22. eines jeden Monats entgegen. Monatsabonnement RM 0.50 zuzügl. Zustellgebühr.